

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

21.4.1932 (No. 93)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verlags-
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlsruhe
Telefon
Nr. 953
und 954
Postfach
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kontorabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Bereinigung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, arbeitsrechtlicher Streitigkeiten und Kontostreitigkeiten fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von Unfällen, Streit, Zwangsversteigerung, Betriebsstörungen im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgeschickt und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes

im Bezirk des Landesamtes für Süddeutschland in der Zeit vom 1. bis 15. April 1932.

In der ersten Hälfte des April war die jahreszeitliche Entlastung des südwestdeutschen Arbeitsmarktes, die in den Saisonberufen der Landwirtschaft, der Industrie der Steine und Erden, der Holzindustrie, des Baugewerbes und der Gruppe Lohnarbeit wechselnder Art, zusammen fast 10 000 Mann ausmachte, hauptsächlich in Baden durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie, im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, in den häuslichen Diensten und in den angestellenden Berufen so beeinträchtigt, daß sich insgesamt nur eine Abnahme der Arbeitsuchendenzahl um 6570 Personen ergab. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern vorgemerkten Arbeitsuchenden fiel vom 31. März bis 15. April von 344 846 Personen auf 338 276, von denen 141 159 auf die württembergischen und 197 117 auf die badischen Arbeitsämter kamen; davon waren 323 489 als arbeitslos anzusehen, und zwar 133 737 in Württemberg und 189 752 in Baden.

Die Inanspruchnahme der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung ist um 15 865 Personen, und die der Krisenfürsorge um 941 zurückgegangen. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 15. April 1932 folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung
91 324 Personen (65 798 Männer, 25 526 Frauen),
in der Krisenfürsorge
99 102 Personen (84 369 Männer, 14 733 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten ist weiter um 16 806 Personen oder um 8,1 v. H., nämlich
von 207 232 Personen (166 802 Männer, 40 430 Frauen) auf 190 426 Personen (150 167 Männer, 40 259 Frauen) gefallen; davon kamen

auf Württemberg 81 992 gegen 91 889 und
auf Baden 108 434 gegen 115 848 am 31. März 1932.

Im Gesamtbezirk des Landesamtes für Süddeutschland kamen am 15. April 1932 auf 1000 Einwohner 37,8 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung und Krisenfürsorge gegen 33,6 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtszeit hauptsächlich von folgenden Berufsgruppen beeinflusst:

In der Land- und Forstwirtschaft war der Rückgang der Arbeitsuchendenzahl um 1188 Personen in der Berichtszeit mehr als dreimal so stark als in der zweiten Hälfte des März. Aufnahmefähig war vor allem die Forstwirtschaft, die zu Holzeinschlag und Kulturarbeiten zahlreiche Arbeitskräfte wieder in Beschäftigung nahm. Der Personalbedarf der Landwirte hielt sich immer noch in recht engen Grenzen; verlangt waren vor allem wieder nur möglichst junge Kräfte mit geringen Lohnansprüchen. In einigen Bezirken konnten als Ersatz für ausländische Arbeitskräfte, die in früheren Jahren dort immer beschäftigt worden sind, deutsche Arbeitskräfte zugewiesen werden. Für Gartenbaubetriebe konnten zahlreiche Arbeitskräfte vermittelt werden.

In der Industrie der Steine und Erden hat die Verlegung der Arbeitsmarktlage ebenfalls solche Fortschritte gemacht, daß die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden um 1090 Personen zurückging. Beteiligt an der Besserung waren vor allem die Ziegel- und Steinbruchbetriebe. Nur im Mainhardsteingebiet hat sich der Beschäftigungsstand neuerdings wieder verschlechtert.

In der Metallverarbeitung und in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate haben die handwerksmäßigen Berufe durch die Verlegung von Landwirtschaft und Baugewerbe eine weitere leichte Besserung zu verzeichnen, die aber durch die Verschlechterung des Beschäftigungsstandes in der Industrie wieder aufgehoben wurde, so daß Mitte April die Arbeitsuchendenzahl der Metallarbeiter nicht abgenommen hat. Die ungünstige Entwicklung hat sich vor allem in der Forstheime- und Münz- und Edelmetallindustrie fortgesetzt. Ferner wurden von einer Metallwarenfabrik in Württemberg 150 Entlassungen vorgenommen. In der Uhrenindustrie ist die Verschlechterung der Beschäftigung ebenfalls noch nicht zum Stillstand gekommen. Ins Gewicht fielen in der Metallindustrie insbesondere die Entlassungen von Lehrlingen, die ihre Lehrzeit beendet haben.

In der Textilindustrie hat die bisher günstige Beschäftigung der Textilfabrikation in den meisten Bezirken erheblich nachgelassen und vor allem zur Einschränkung der Arbeitszeit geführt; die Entlassungen in der Textilfabrikation hielten sich vorerst noch in engen Grenzen. In der Strickwarenbranche ist die schon längere Zeit andauernde Verschlechterung noch nicht zum Stillstand gekommen. Neuerdings verschlechtert hat sich die Lage der Seidenwebereien und der Textilausrüstungsbetriebe im südlichen Baden. Die Zunahme der arbeitsuchenden Textilarbeiter im ganzen Landesamtsbezirk betrug in der Berichtszeit 333 Personen.

Im Holz- und Schnittholzgewerbe war in der Berichtszeit eine Entlastung um 604 Arbeitsuchende zu verzeichnen. Aufnahmefähig waren die Sägewerksbetriebe und die Bauwerkzeuge. Die Möbelfabrikation hatte noch keinen Anteil an der Besserung. Leicht gebessert war die Beschäftigung im Orgelbau.

Das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hatte neuerdings eine Vermehrung der Arbeitslosen um 793 Personen zu verzeichnen, die hauptsächlich aus der badischen Zigarrenindustrie kamen.

Im Bekleidungs- und Konfektionsgewerbe hat die jahreszeitliche Verlegung in der Maß- und Konfektionsindustrie nach den Osterfeiertagen ziemlich nachgelassen, doch konnte nochmals eine leichte Abnahme der Arbeitsuchendenzahl festgestellt werden. Die Verlegung des Vermittlungsgeschäfts für Schuhmacherinnen und Strohhutmacherinnen hat angehalten. Die Schuhfabriken hatten

Letzte Nachrichten

Sie starke Binnenmarktpolitik

Eine Rede des Reichsernährungsministers

BRN, Berlin, 21. April. (Reichs-Zeit.) Auf der Mitgliederversammlung der Vereinigung mitteldeutscher Holz- und Zugsfabriken in Halle an der Saale, sprach heute Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, an Hand von Beispielen zeigte er, daß die Weltwirtschaft in der Vorkriegszeit zu Ende sei. Für Deutschland sei es geradezu eine Pflicht, eine starke binnenmarkt-orientierte Wirtschaftspolitik zu treiben, die durch die Zahl der Arbeitslosen, die Schumpfung unserer Ausfuhr, die Zwangsverwirklichung der Devisen und unser Ringen um unsere nationale Freiheit bedingt sei.

Die drückende Last der Arbeitslosigkeit, die eigentliche Quelle der Finanznot von Ländern und Gemeinden habe bereits bei ersten Männern des Ruhrgebietes zu dem gigantischen Plan geführt, fünfzehnhunderttausend Arbeitslose aus dem Ruhrgebiet umzusiedeln, um in die dünner bevölkerten Gegenden des deutschen Ostens zu bringen. Das Verhältnis von Land- und Stadtbewölkerung, das jetzt mit einem Anteil von nur noch 23 Proz. Landbevölkerung höchst ungesund sei, müsse wieder ausgeglichen gestaltet werden. Tatsächlich habe auch bereits eine Menschenwanderung in umgekehrter Richtung von der Stadt aufs Land eingesetzt. Diese gesunde Entwicklung müsse dadurch auf das Nachhaltigste verstärkt werden, daß man den Binnenmarkt leistungsfähiger gestaltet und an ihm Ersatz schafft für die am Weltmarkt verloren gegangenen Arbeitsmöglichkeiten.

In der Landwirtschaft müßten Arbeitsmöglichkeiten beschafft werden. Eine Verabstimmung der Zuckersteuer sei erforderlich. Die entscheidende Ursache der Arbeitslosigkeit sei nicht die Schumpfung unserer Ausfuhr, sondern das Versiegen des Binnenmarktes. Alle Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Landwirtschaft müßten ergriffen werden. Der Minister legte dann die Bedeutung der Unabhängigkeit in der Nahrungs- und Mittelverforgung für unsere Devisenbilanz dar. Als neue Wirtschaftsbedingung — so schloß der Minister — sei in immer breiteren Schichten unseres Volkes die Erkenntnis im Wachsen, daß immer mehr der Satz gelte: „Deutschlands Zukunft liegt auf dem deutschen Acker!“

Die Abrüstungsdebatte in Genf

Paul Boncour über den Standpunkt Frankreichs

BRN, Genf, 21. April. (Reichs-Zeit.) Im Hauptauschuß der Völkerbundversammlung wurde heute vormittag die Aussprache über den englischen und jugoslawischen Entschließungsentwurf zur Frage der sogenannten paritätischen Abrüstung fortgesetzt.

Der französische Delegierte Paul Boncour hielt eine längere Rede, in der er nach anerkennenden Worten für die Ausführungen des englischen Außenministers erklärte, es erscheine der französischen Delegation nicht möglich, sich dem englischen Antrag anzuschließen. Frankreich habe volle Sympathie für paritätische Abrüstung, die es selbst in seinem Vorschlag aufgestellt habe, als es die Ausstattung des Völkerbundes mit gewissen schweren Waffen vorschlug. Die Frage des Verbotes gewisser Waffen biete eine einzigartige Gelegenheit, der internationalen Gemeinschaft mehr Macht zu geben. Dieses Ziel sei erstrebenswerter, als die bloße Zerstörung von Material, auf das die Abschaffung schlechthin hinauslaufen würde. Paul Boncour verlangte für die Entscheidung über die qualitative Abrüstung eine Form, die die Berücksichtigung der französischen Vorschläge nicht ausschließt.

Die in ihrer Argumentation schwache, mit einer gewissen Nervosität vorgetragene Rede Paul Boncours operierte mit den altbekannten Gründen gegen die englische These auf Abschaffung der schweren Angriffswaffen. Die Möglichkeit einer Humanisierung des Krieges wurde von dem Redner gesehnet. Von besonderer Bedeutung war die ihm offenkundig entschlüpfte Anerkennung, daß die Abrüstungsfrage nicht nur besonders Staaten interessiere, sondern eine Generalangelegenheit der Völker sei. Im Gegensatz zu der französischen These besteht Deutschland auf der Prüfung der Frage, ob die von Frankreich vorgeschlagene Internationalisierung der schweren Angriffswaffen überdies eine Abrüstungsmaßnahme im Sinne des Artikels 8 darstelle.

Reichenhall läßt Hindenburg ein. Der Hindenburgauschluß in Bad Reichenhall hat an den Reichspräsidenten die Einladung gerichtet, seinen Sommeraufenthalt künftig in Bad Reichenhall, statt wie bisher in Dietramszell, zu verbringen.

England will weiteres Moratorium. Eine Antindignung des britischen Schatzkanzlers in englischen Unterhaus, daß keine Zahlungen an Amerika in das neue Budget eingestellt seien, hat im Bundesrat überraschungen und Unwillen erregt.

zum Teil einen besseren Beschäftigungsstand aufzuweisen, in manchen Bezirken ist jedoch eine Verschlechterung eingetreten. Die Lage der Schuhfabrikation hat sich noch nicht gebessert.

In der Gesundheits- und Körperpflege und im Reinigungsgewerbe meldete sich ein großer Teil der vor Ostern eingestellten Aushilfskräfte wieder arbeitslos.

Im Baugewerbe ist die Arbeitslosenzahl um 3594 Facharbeiter und um 2066 Hilfsarbeiter zurückgegangen. Die Arbeitskräfte haben allerdings weniger im Hochbau als in den verschiedenen Branchen des Tiefbaugewerbes Beschäftigung gefunden.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe hat die Vermittlungstätigkeit für die Frühjahrszeit einen ziemlich Auf-

* Badische Finanzen

II. (Schluß.)

Ein besonderer Teil der Rede des Finanzministers Dr. Mattes ist dem Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden gewidmet. Grundsätzlich wirft der Finanzminister hier die beiden entscheidenden Fragen auf, ob der Finanzausgleich der letzten Jahre es den Gemeinden unmöglich gemacht habe, eine gesunde Finanzpolitik zu treiben, und ob die Änderungen des Finanzausgleichs im Jahre 1931 als eine wesentliche Ursache der jetzt vorhandenen finanziellen Schwierigkeiten bei manchen Gemeinden anzusprechen seien. Beide Fragen müssen nach der Überzeugung des Finanzministers verneint werden. Und wir können dem nur aus vollem Herzen beipflichten.

Die Verschlechterung der Finanzlage der Städte ist durch die Maßnahmen der badischen Regierung jedenfalls nicht bedingt. Die Reichspolitik ist es, der man die Verantwortung dafür beizumessen hat, die Reichspolitik, die durch die Verteilung der Erwerbslosenlasten zwischen Reich und Gemeinden diese letzteren außerordentlich belastete. Sonach trägt das Reich auch die Verantwortung für die etwa entstehenden Gefahren. Und die badische Regierung hat der Reichsregierung gegenüber die Verpflichtung des Reichs zur Hilfe immer betont. Diese Feststellungen des Finanzministers sind deshalb besonders wertvoll, weil sie geeignet sind, das Verhältnis zwischen Regierung und Gemeinden auf eine Basis gerechter und vernünftiger Würdigung zu stellen und Verärgerungen ganz aus dem Wege zu räumen.

Die tatsächliche Ersparnis der allgemeinen Staatsverwaltung beträgt pro Jahr 47 011 435 RM. Betrachtet man die gesamten Staatsausgaben nach Abzug der durchlaufenden Kosten, so ergibt sich gegenüber 1930/31 eine Verminderung der Ausgaben um rund 56 Millionen Reichsmark, das heißt um 22 Proz.

Die Besoldungskürzungen betragen in der gesamten Staatsverwaltung pro Jahr 26 900 769 RM. oder 17 Proz. des persönlichen Aufwands des Staatsvoranschlags 1930/31. Vergleicht man allerdings den Gesamtbedarf der badischen Staatsverwaltung (nach Abzug der durchlaufenden Kosten) mit dem der Friedenszeit, so ergibt sich leider noch immer, daß der Haushaltsbedarf heute um etwa 80 Proz. über dem Status von 1913 liegt!

Seine Erklärung findet diese Tatsache darin, daß wir heute ganz erheblich mehr Beamtenstellen haben als 1913, und daß die Zahl der planmäßig angestellten Beamten heute viel höher ist, als im Jahre 1913. Von den sämtlichen Beamtenstellen waren außerplanmäßig im Jahre 1913 33 Proz., 1932 nur noch 13,4 Proz.! Ferner befinden sich viel mehr Beamte im Genuß des Höchstgehaltes als 1913. Ist schon allein durch diese Momente eine Steigerung der persönlichen Ausgaben gegeben, so zeigt schließlich auch noch eine wirklich genaue und gründliche Vergleichung der heutigen Gehälter unter Berücksichtigung des Wohnungsgeldes und der Aufzuchtungs- und Beförderungsmöglichkeiten eine Verbesserung gegenüber 1913. Bei den oberen Besoldungsgruppen beträgt die Erhöhung des Wohnungsgeldes bis zu 20 Proz., bei den mittleren bis zu 40 Proz. und bei den unteren bis zu 50 Proz.

Der Finanzminister ließ seine diesbezüglichen, auf sehr eingehenden Vergleichen beruhenden Darlegungen ausklingen in der Feststellung, daß die Bezüge der badischen Staatsbeamten, von den Ministern abgesehen, durchschnittlich im Jahre 1932 trotz der Kürzungen immer noch einen höheren Kaufkraftwert als vor dem Kriege besitzen, wenn man den Lebenshaltungsindezes zugrunde legt. Die Verbesserungen der Einkommensverhältnisse sind für die oberen Beamten am geringsten, bei den mittleren Beamten vielfach schon recht bedeutend und bei den Beamten des unteren Dienstes am stärksten. Die oberen Besoldungsgruppen machen aber im Staatsvoranschlag für 1932 nur 16 Proz. sämtlicher Beamtenstellen aus. Denft

schung erfahren, jedoch wurden die Vermittlungen für die Kurorte weniger für sofortigen Bedarf als unter Vorbehalt mit Herausschiebung des Einstellungstermins getätigt.

Im Bekleidungs- und Konfektionsgewerbe hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden um ein Geringes vermindert.

In der Berufsgruppe „Hausliche Dienste“ war die Nachfrage nach gut ausgebildeten Kräften unvermindert stark. Der Stand an stellenjüngenden Arbeitskräften hat eine Vermehrung um 716 Frauen und Mädchen erfahren.

Die stärkste Belastung erwidet dem Arbeitsmarkt in der Berichtszeit aus den Handelsschulen, wo vor allem die Entlassungen aus den Handelsschulen und die Freisetzung von Lehrlingen nach beendeter Lehrzeit eine Rolle spielten.

man ferner an den gegenüber der Friedenszeit noch sehr hohen Bedarf für Ruhegehalte und Hinterbliebenenversorgung (Steigerung gegenüber 1913 um mehr als 100 Prozent), dann wird es immer verständlicher, daß die persönlichen Ausgaben trotz der Kürzungen im Etat noch sehr stark über dem Friedensbedarf liegen.

Was die jährlichen Ausgaben betrifft, so hat auch hier eine gewaltige Verringerung stattgefunden. Sie könnte noch größer sein, wenn nicht die sachlichen Ausgaben erheblich durch die allgemeinen Preis- und Lohnsteigerungen im Reich anzuwachsen würden. Kostete z. B. die laufende Bauunterhaltung bei den staatlichen Gebäuden 1913 1.397.100 Reichsmark, so sind 1932 hierfür 2.074.350 RM. vorgezogen.

Wenn es der badischen Regierung bis jetzt noch nicht möglich gewesen ist, die Vergütungsordnung für die außerplanmäßigen Beamten und den Zeitpunkt der monatlichen Auszahlung der Beamtenbezüge den Verhältnissen im Reich anzupassen, so liegt das daran, daß die Verpflichtungen des Landes Baden aus seiner kurzfristigen Verschuldung und die großen Rückstände der Gemeinden (in Höhe von rund 5,4 Millionen RM.) die Kassenlage dauernd sehr anspannen. Aber auch hier spricht eine gewisse Schuld des Reiches mit; insofern, als es bisher versäumt hat, dem Lande Baden ebenso zu helfen, wie es dies anderen Ländern gegenüber getan hat. Das badische Finanzministerium hat schon seit längerer Zeit beim Reich den Antrag gestellt, unserem Lande eine ähnliche Finanzhilfe zuteil werden zu lassen, wie sie z. B. bereits Preußen und Bayern zuteil wurde. Würde dieser Antrag genehmigt werden, so würde Baden wahrscheinlich die Bezahlung der Beamtenbezüge wieder wie früher vornehmen können.

Zum Schluß seiner großen Rede betont der Finanzminister, daß alle ohne gewalttätige Reform bis heute erreichbaren Ersparnisse ausgeschöpft seien, daß man im übrigen aber auch einen Staatsvoranschlag nur im Gesamtrahmen der gesamten Volkswirtschaft zu betrachten habe, und daß sich dann leider ein Mißverhältnis zwischen dem Rückgang des Volkseinkommens und dem Rückgang der staatlichen Ausgaben ergebe. Trotz aller großen Ersparnisse ist in den letzten Jahren der öffentliche Bedarf nicht so stark gesunken wie das Volkseinkommen. Unter allen Umständen soll die Politik der Staatsvereinfachung und -verbilligung auch weiterhin fortgesetzt werden, damit allmählich wieder ein organisches Verhältnis zwischen der öffentlichen Wirtschaft und der gesamten Volkswirtschaft hergestellt wird.

Wenn sich auch Wirtschaftskrisen noch nie mit Mitteln der öffentlichen Wirtschaft und der Staatspolitik allein überwinden ließen, so kann die Staatspolitik es doch dem Wirtschaftskörper leichter oder schwerer machen, aus sich selbst die Kraft zu gewinnen, die zu seiner Wiedergeburt führt. Für ein Land wie Baden, dessen Wirtschaft sich zum Teil als sehr krisenempfindlich erwiesen hat, ist die Erleichterung der öffentlichen Belastung doppelt wichtig. Und die Verfolgung dieses Zieles wird eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft sein.

Die Hausfuchungen in Hessen Neues Material

Nach amtlicher Mitteilung aus Darmstadt haben sich unter dem bei den Hausfuchungen in Hessen anlässlich des 21. und 22. Verbot beschlagnahmten Material Schriftstücke befunden, die für die Klärung des Hochverratsverfahrens wegen der Vorheimer Dokumente von nicht unerheblicher Bedeutung sein dürften.

Aus einem Schreiben, das der Leiter der Rechtsabteilung des Hauses Hessen der NSDAP. (Landtagsabgeordneter Professor Dr. West) an die Reichsleitung der NSDAP. in München gerichtet hat, geht hervor, daß die Vorheimer Dokumente keineswegs eine „Privatarbeit“ des Professors Dr. West sind, wie es seinerzeit von der Reichsleitung der NSDAP. hingestellt worden ist. Die Vorheimer Dokumente sind demnach vielmehr, mindestens in wichtigen Teilen, auf Grund von vorheriger Anfrage bei der Reichsleitung der NSDAP. und nach Klärung bestimmter Vorfragen mit der Reichsleitung verfügt worden. In dem Brief heißt es u. a.: Wir sehen folgende Entwicklung der Ereignisse voraus: Nach dem Zusammenbruch der Erwerbslosenfürsorge der gegenwärtigen Reichsregierung gelingt es der NSD. mit Unterstützung der hungernden Arbeitslosen die Gewalt in den Städten an sich zu reißen und die Behörden des gegenwärtigen Regimes zu beseitigen. Wir ziehen unsere und die uns nahestehenden Kräfte aus den Städten heraus, um zunächst — unter Zernierung der Städte — das flache Land von örtlichen kommunistischen Gruppen, Partisanenkommandos usw. zu säubern.

Das Schreiben sieht zwei Möglichkeiten der Entschädigung für beschlagnahmten Lebensbedarf vor: 1. Wir geben für jede beschlagnahmte Gutscheine aus, die später eingelöst werden. 2. Wir beschlagnahmen ohne Gegenleistung. Dafür wird vorübergehend reine Naturalwirtschaft eingeführt. Jeder Handel und Geldverkehr ist verboten. Jede Zwangsvollstreckung, jeder Zinsumlauf, jede Mietzahlung usw. (selbstverständlich auch jede Steuerpflicht) ist aufgehoben. Jede Vermögensverschlebung ist unzulässig. Selbstverständlich wird auch die Arbeitskraft der Menschen beschlagnahmt und im Wege einer Dienstpflicht für die Produktion der Lebensbedürfnisse und für die Erhaltung der Vermögenswerte — Häuser usw. — eingesetzt.

Die Reichsleitung der NSDAP. hält in Erwiderung zu den Erklärungen der hessischen Regierung daran fest, daß das „Vorheimer Dokument“ eine Privatarbeit einiger Mitglieder der NSDAP. in Hessen darstelle.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ erschien am Mittwoch, 15.50 Ortszeit, über der Stadt Fernambuco und landete glatt um 16.30 Uhr.

Siebzehn mexikanische Banditen, die geflüchtet waren, vor kurzem einen Angriff auf die Stadt Palo del Maño verübt zu haben, wurden handrechtlich auf dem Friedhof von Guatusco erschossen.

Die Genfer Besprechungen Vorbereitung der Lausanner Konferenz

Am Mittwoch hatte der französische Ministerpräsident Laval in Paris mit dem dort eingetroffenen englischen Ministerpräsidenten Macdonald eine Unterredung, worauf er sich entschloß, gemeinsam mit Macdonald nach Genf zu reisen. Dort werden bekanntlich auch der Reichskanzler Dr. Brüning, der amerikanische Staatssekretär Stimson und der italienische Außenminister Grandi.

Der Reichskanzler hatte in Genf in den letzten Tagen Besprechungen mit den übrigen Staatsmännern, die sich, wie mitgeteilt wird, auf alle schwebenden Fragen, also auf das Abrüstungs-, Reparations- und das Donauprobem, bezogen. Die Besprechungen über die Reparationsfrage mit den Vertretern Englands und Italiens führten zu einem weitgehenden Gedankenaustausch über die Vorbereitung der Lausanner Konferenz und die damit zusammenhängenden Fragen. Als Ergebnis dieser Besprechungen — so heißt es in einer offiziellen Meldung aus Genf — kann jetzt schon festgehalten werden, daß nach Auffassung aller beteiligten Staatsmänner nicht nur die Frage der Reparationen einer schnellen Lösung entgegengeführt werden muß, sondern auch die wirtschaftlichen Probleme energisch angepaßt werden sollen. In der Abrüstungsfrage hat sich ergeben, daß keine große Neigung besteht, vor den französischen Vorschlägen in ein entscheidendes Stadium in den Abrüstungsfragen vorzustoßen.

Die Gründe für die Reise Laval's

W.B. Paris, 21. April. (Tel.) Über die Gründe des plötzlichen Entschlusses Laval's, nach seiner Unterredung mit dem englischen Premierminister Macdonald gleichzeitig mit diesem die Reise nach Genf anzutreten, berichtet das „Journal“: Man sehe vor einer Entscheidung, die der englische Vertreter im Einvernehmen mit dem amerikanischen Vertreter in Genf verteidigt und die, wie das Blatt schreibt, der internationalen Organisation der Sicherheit zuwiderlaufe. Es sei klar, daß dieser Vorschlag Gegenstand der getriggen Besprechungen zwischen Macdonald und Laval gewesen sei, und weil diese Aussprache dem französischen Ministerpräsidenten nicht die Begründung gebracht habe, die er davon erwarten zu können geglaubt habe, habe sich Laval entschlossen, selbst nach Genf zu reisen.

„Echo de Paris“ schreibt, die Stunde sei zu wichtig, als daß die französische Regierung am Sitz des Völkerbundes jetzt nicht hundertprozentig vertreten sei. — „Avenir“ erklärt: Man wisse, daß die härteste Arbeit jetzt begonnen habe. Man brauche nur auf die Bedeutung der Unterredungen hinzuweisen, die zwischen Stimson, Macdonald, Brüning und Grandi stattfinden und sich nicht nur auf die Abrüstung, sondern auch auf das Kriegschulden- und Reparationsproblem, also auf die Vorbereitung der Konferenz von Lausanne, bezögen. — „L'Ordre“ schreibt sogar, Paul-Boncour hätte Laval telephonisch zu Hilfe gerufen.

Der Reichskanzler auf der Abrüstungskonferenz

W.B. Genf, 21. April. (Tel.) Im Verlauf der heutigen Sitzung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz erschien kurz nach 11 Uhr der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning und nahm den Platz des ersten deutschen Delegierten ein. Er wurde von mehreren Delegierten und besonders herzlich von Sir John Simon begrüßt. Unmittelbar darauf folgte der englische Premierminister Macdonald, der ebenfalls von einzelnen Delegierten herzlich empfangen wurde. Man bemerkte, daß Macdonald und Brüning, die sich hier in Genf zum ersten Male seit ihrem letzten Zusammentreffen in Berlin sahen, besonders herzliche Worte der Begrüßung austauschten.

Kardinal Dr. Biffi

W.B. Wien, 21. April. (Tel.) Kardinal Dr. Biffi ist um 1.30 Uhr nachts gestorben. Er wurde 1864 in Landekron in Böhmen geboren. Im Augustiner-Chorherrenstift im Kloster-Neuburg erhielt er 1883 des Ordenskleid der Kanoniker St. Augustinus und wurde 1888 zum Priester geweiht. Seine ersten Priesterjahre verbrachte Dr. Biffi im Piaristenkloster Floridsdorf und Heiligenstadt bei Wien. Der junge Priester machte sich die sozialphilosophischen Lehren seiner Partei, der Christlich-Sozialen, zu eigen. Er erhielt 1892 eine Professur für Moraltheologie im Stift Kloster-Neuburg, 1901 ging er als Inspektor der stiftlichen Güter nach Ungarn, von wo er 1906 wieder nach Kloster-Neuburg zurückkehrte. Im Jahre 1913 erfolgte die päpstliche Ernennung zum Fürstbischof von Wien, 1914 wurde er Kardinal. Der Verstorbenen ist eine der markantesten Priesterpersönlichkeiten der katholischen Kirche gewesen.

Die Kreuzer-Affäre zieht weitere Kreise Polnische Politiker bloßgelegt?

W.B. Stockholm, 21. April. (Tel.) Direktor Björn Fryk, der der Kreuzer-Kommission angehört, erklärte heute einem Pressevertreter, daß der Konkurs der International Match Corporation die Bestrebungen der Kommission zur Rekonstruktion der schwedischen Zündholzgesellschaft nur in geringem Maße behindern werde.

Der überraschende Fund eines Bargeldbetrages von 2 Millionen schwedischer Kronen in dem Tresor von Kreuzer wird in allen schwedischen Zeitungen sensationell aufgemacht. Einige Blätter behaupten, die führenden Männer der Firma Kreuzer & Toll AG, und der schwedischen Zündholzgesellschaft hätten sich auf die Nachricht von Kreuzers Tod hin geeilt, sobald Geld als möglich von den Banken abgehoben. — „Dagens Nyheter“ berichtet, es herrsche in Warschau unter den polnischen Politikern große Erregung, weil unter den hinterlassenen Papieren Kreuzers angeblich eine Namensliste verdächtig polnischer politischer Persönlichkeiten gefunden worden sei. Auf dieser Liste seien auch „Gesichte“ verzeichnet, die Politiker von Kreuzer erhalten haben sollen. Neun namhafte polnische Persönlichkeiten sollen in diese Angelegenheit verwickelt sein.

Badischer Teil „Der Reichstaler“ verwahrt

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Gegen die in Oberkirch erscheinende Tageszeitung „Der Reichstaler“ wurde wegen eines Artikels mit der Schlagzeile: „Die großen Kundgebungen in Karlsruhe“, der geeignet war, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden, eine Verwarnung ausgesprochen.

Abschluß der Kultusdebatte im Landtag

D.B. Karlsruhe, 20. April 1932.

Nach kurzer Mittagspause setzt das Haus die Beratung über das Unterrichtsbudget

fort. Abg. Bod (Komm.) vertritt im Schlußwort nochmals die Anträge seiner Fraktion. Den Etat lehnen die Kommunisten ab. Berichterstatter Abg. Dr. Höhr (Zentr.) gibt die inzwischen erfolgte Stellungnahme des Ausschusses zu weiteren Anträgen bekannt. Der Antrag des Zentrums betr. die Paragrafenbestimmungen wurden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Dann wird in

die Einzelberatung und Abstimmung

eingetreten. Die Titel Ministerium, Kultus und Hochschulen, werden mit allen gegen 5 kommunistische Stimmen bei Enthaltung der Staatspartei, Nationalsozialisten und Deutschnationalen genehmigt.

Ministerialrat Dr. Thoma beantwortet die kommunistische förmliche Anfrage betr. die Gebührenerhöhung in dem Sinne, wie es bereits der Minister getan hat. Die badischen Hochschulgeldern lagen weit unter denen in Preußen. Eine Ermäßigung kommt bei der derzeitigen Finanzlage nicht in Frage. Es sind aber sonstige Erleichterungen für den Besuch der Vorlesungen möglich. Bei etwaigen Besuchen eines Gebührenspreiße würde nach Maßgabe der Disziplinarbestimmungen eingeschritten werden.

Abg. Hofheinz (Staatsp.) erklärt zur Abstimmung, man habe es auf seiner Seite für selbstverständlich gehalten, daß im Anschluß an die Rede des Finanzministers die allgemeine politische Debatte durchgeführt wird. Dies sei nicht der Fall und auch ein klares Bild der politischen Lage heute nicht möglich, deshalb werde man sich beim Unterrichtsetat der Stimme enthalten.

Die Kapitel, Höhere Lehranstalten, Staatstechnikum, Fachschulen usw. passieren ohne Debatte. Beim Titel

Volksschule

wendet sich Abg. Hofheinz (Staatsp.) gegen eine Bemerkung des Abg. Mentz über mangelhafte Volksschulbildung. Die Volksschule leiste das Bestmögliche.

Abg. Frau Nigal (Zentr.) unterrichtet die Wichtigkeit eines tüchtigen Lehrpersonals. Die Volksschularbeit verdiene volle Anerkennung. Dem Minister könne man für seine Darlegungen über die Volksschule nur dankbar sein. Die Ministerin setze sich warm für die Belange des Lehrpersonals ein.

Abg. Frau Fischer-Karlsruhe (Soz.) wünscht, daß das Kind schon in der Schule zum Solidaritätsgedanken erzogen wird. Der Abbau von Volksschullehrkräften sei im Interesse der heranwachsenden Jugend lebhaft zu bedauern. Die Arbeiterklasse lege Wert darauf, daß an der Volksschule auch fremdsprachlicher Unterricht erteilt wird. Der Handarbeitsunterricht an den Mädchenfortbildungsschulen möge beibehalten werden.

Minister Dr. Baumgartner

geht auf verschiedene im Laufe der Debatte noch aufgetretene Fragen ein. Er weiß sich mit dem Abg. Dr. Walded einig in der gesamtgerichtlichen Einschätzung der Unversität Heidelberg. Diese nehme in der Tat in der Welt eine Sonderstellung ein. Das werde man bei der Forderung einer Unterweisung seitens des Reiches entsprechend zum Ausdruck bringen.

Die Anregungen des Abg. Dr. Walded zur Förderung der heimatischen Geschichte sind sehr beachtenswert. Auch der Minister ist dafür, daß bodenständige Kultur und Geschichte in den Bezirken und Heimatmuseen gepflegt werden.

Die Volksschule soll selbstverständlich von unumtögen Ballast befreit werden. Es wird aber manches als Ballast bezeichnet, was in den Gesamtrahmen des Bildungszieles unbedingt hineingehört, beispielsweise Naturkunde.

Die Lehrerinnen sollen in gleicher Weise wie bisher verwendet werden. Unser Ziel muß sein, den Fortbildungsschulunterricht für die Mädchen einschließlich des Handarbeitsunterrichts auf der Höhe von 6 Stunden zu erhalten.

Hierauf wird in der Abstimmung fortgefahren. Das Kapitel Volksschule wird genehmigt.

Die folgenden Kapitel: Erziehungs- und Unterrichtsanstalten für nicht volljährige Kinder, besondere Einrichtung für die Lehrerbildung, Jugend- und Schülerfürsorge, Zentralschulverwaltungs-, Wissenschaften und Künste usw., werden ohne Debatte gleichfalls genehmigt. Sämtliche Anträge der Kommunisten verfallen der Ablehnung.

Nachdem auch die Einnahmepositionen aufgerufen und bewilligt sind (wobei Abg. von Au (Wirtschp.) an den Wunsch des Ausschusses erinnert, daß die Professoren für die Benützung der Hochschuleinrichtungen künftig weit größere Beiträge entrichten sollen als bisher), schreibt das Haus zur

Abstimmung über den Gesamthaushalt des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Er wird mit allen gegen 14 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten bei 5 Enthaltungen der Staatspartei angenommen.

Von der Verordnung des Unterrichtsministers vom 29. März 1932 zum Vollzug des Artikels 45 Ziffer 2 a der Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931, wird Kenntnis genommen.

Einmütige Annahme findet die Entschließung des Ausschusses, die Regierung solle prüfen, ob es zu ermöglichen ist, 1. die überalterten Außerplanmäßigen im Bereich des Unterrichtsministeriums durch vorzugsweise Berücksichtigung bei Beförderung von freierwerbenden Pflanzstellen in Planmäßige zu überführen.

2. die Zahl der Schulpraktikanten zu vermindern. Alle zum Unterrichtsetat vorliegenden Eingaben werden der Regierung zur Kenntnisnahme überwieben, die Gesuche des Badischen Lehrervereins und des Vereins Badischer Lehrerinnen, mit der Maßgabe, daß geprüft wird, welchen Einzelheiten nähergetreten werden kann, ohne daß dadurch eine finanzielle Mehrbelastung in diesem Budget entsteht.

Einmütige Annahme findet schließlich folgender Antrag: Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß vom Reich Mittel für die badischen Hochschulen zur Verfügung gestellt werden, insbesondere, um die dringenden notwendigen baulichen Verbesserungen und die unaufschiebbaren Neubauten bei den Instituten durchzuführen.

Das Zentrum hat folgenden neuen Antrag betr.

Kürzung der Paragrafenbestimmungen

eingetragen und beantragt namensliche Abstimmung.

„Die Unterzeichneten beantragen, der Landtag wolle beschließen, unter Ablehnung des Antrages des Haushaltsausschusses Dr. Nr. 80 V 1 c Ziff. VIII die Regierung zu ersuchen, für den Fall, daß künftig durch die Reichsregierung die staatlichen Paragrafenbestimmungen weiter gekürzt werden sollten, bei Durchführung dieser Reichsregierung, die bereits durch das badische Gesetz vom 3. April 1930 durchgeführte Kürzung in Anrechnung zu bringen, oder, falls dies

rechtlich nicht zulässig sein sollte, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Kürzungen des Gesetzes vom 3. April 1930 um den Betrag der Reichskürzungen ermäßigt werden.

Der Antrag wird mit 48 gegen 37 Stimmen des Zentrums und Evangelischen Volksdienstes abgelehnt.

Gegen 18 Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag, den 26. April, vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: Politische Aussprache. Der Haushaltsausschuß wird sich in der kommenden Woche mit dem Grund- und Gewerbesteuergesetz beschäftigen.

Eingänge

Die **Volksparteiliche Fraktion** hat im Landtag folgende förmliche Anfrage eingebracht: Infolge der wirtschaftlichen Krise müßten schon zahlreiche industrielle und gewerbliche Betriebe stillgelegt werden. Die Gebäulichkeiten stehen leer und können wirtschaftlich in absehbarer Zeit nicht mehr ausgenutzt werden. Vielfach sind die Besitzer nicht mehr in der Lage, ihren steuerlichen Verpflichtungen nachzukommen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei vielen verarmten Besitzern hochwertiger Einzelwohngrundstücke und Villen. Wo die Substanz des beweglichen Vermögens aufgezehrt und die Begleichung der Grundsteuer deshalb nicht mehr möglich ist, sind die Besitzer gezwungen, die Gebäude abzubauen und große Werte an Volkvermögen zu vernichten. Die Regierung wird gefragt, was sie zu tun gedenkt, um diese Vernichtung unrentabler Vermögenswerte zu verhindern.

Die Abteilung Keramik der Bund des Bezirks Karlsruhe des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands ist mit einer Eingabe an den Landtag herangetreten, die die Erhaltung der Staatlichen Majolikafabrik in Karlsruhe zum Gegenstand hat.

Städte und Staatsvoranschlag

Vom Badischen Städteverband und Badischen Städtebund geht ein zur Rede des Finanzministers ein Artikel mit der dringenden Bitte um Abdruck zu. Aus Gründen der Loyalität veröffentlichen wir ihn hier, ohne uns natürlich mit seinem Inhalt zu identifizieren. Er lautet:

Die ablehnende Haltung gegenüber den Anträgen auf Befreiung der Gemeinden des Finanzausgleiches, begründete der Herr Finanzminister damit, daß durch die Einführung der Schulbeiträge im Endergebnis überhaupt keine Mehrbelastung der Gemeinden eingetreten sei, da die zahlenmäßigen Mehrausgaben durch Einsparungen auf anderen Gebieten wieder ausgeglichen würden. So seien die Beiträge der Gemeinden zu den Kosten der Realanstalten, Fachschulen und Bürgerschulen durch die Gehaltskürzung um 3,5 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Außerdem hätten die Gemeinden durch die Anpassung ihrer Gehälter an die Landesbesoldung erhebliche Einsparungen gemacht. Diese Winderlöse seien im Durchschnitt insgesamt sogar höher als die Mehrbelastung durch die Lehrerbeträge. Die Verschlechterung der Finanzlage der Städte ist also durch Maßnahmen der badischen Regierung nicht bedingt. Diese Beweisführung und Folgerung des Herrn Finanzministers erscheint unmöglich haltbar. Die Einsparungen durch die Gehaltskürzungen sind doch bei den Gemeinden ebenso wie beim Land und dem Reich durch den allgemeinen Rückgang der Steuereinnahmen erforderlich geworden, um Ausgaben und Einnahmen in Einklang zu bringen. Es geht daher nicht an, diese Winderlöse nochmals zur Deckung einer neuen Mehrbelastung heranzuziehen, zumal diesen Einsparungen bei den Gemeinden nicht nur entsprechend Steuererlöse wie beim Land, sondern dazu noch erhebliche Mehrausgaben in der für die Regierung gegenüber den Gemeinden zu übernehmenden Verantwortung der Städte zuzurechnen sind. Die Lehrerbeträge von über 5 Millionen Reichsmark, die durch keinerlei Entlastung auf anderen Gebieten ausgeglichen werden ist. Denn auch die ursprünglich vorgesehene Zuweisung der Ersparnisse des Landes aus seiner eigenen Gehaltskürzung, mit der seinerzeit die Einführung der Lehrerbeträge begründet wurde, ist nicht erfolgt, ganz abgesehen davon, daß diese Zuweisung nach dem Willen des Reiches zur Erleichterung der kommunalen Fürsorgeleistungen und nicht zur Begründung einer neuen Lastenverteilung dienen sollte. Ungeachtet der sonstigen Veränderungen des Finanzausgleiches in der letzten Zeit ist daher die Finanzlage der Städte entgegen den Ausführungen des Herrn Finanzministers auf alle Fälle um die Summe der Lehrerbeträge von 5,16 Millionen Reichsmark verschlechtert worden.

Wenn der Herr Finanzminister weiter bemerkt, daß das Land von den Steuerfällen stärker betroffen werde, als die Gemeinden, so ist dies in dieser allgemeinen Form sicherlich nicht zutreffend. Das Land erleidet an den Überweisungssteuern allerdings einen größeren Ausfall als die Gemeinden. Dies ist aber eine Folge des Umstandes, daß das Land einen sehr viel höheren Prozentsatz an dieser Steuerquelle, als andere Länder für sich in Anspruch nimmt. Aber auch die Hauptsteuerquelle der Gemeinden, die Grund- und Gewerbesteuer, weist heute überall außerordentliche Winderlöse auf. Außerdem wirkt sich die reichsrechtliche Senkung der Realsteuern bei den Gemeinden sehr viel stärker als beim Land aus, da die Gemeinden einen größeren Teil ihres Zuschußbedarfs aus dieser Steuer decken müssen als das Land, zumal im Jahre 1932 kein Ersatz aus der Gebäudebesondersteuer für die durch die Senkung entfallenden Winderlöse mehr zur Verfügung steht. Schließlich hat sich das Land auch bei der Gebäudebesondersteuer durch die Streichung seines Wohnungsbauteiles einen

wesentlich höheren Prozentsatz für den allgemeinen Finanzbedarf gesichert, als dies den Gemeinden möglich ist.

Vor allem muß aber immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der Haushalt des Landes auf der Ausgabenseite von allen Ersparnissen frei bleibt, denen die Gemeinden bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise durch die fortgesetzte nicht mehr fürsorgelosen ausgeföhrt sind. Die Krise trifft die Gemeinden in ihrer ganzen Schwere nicht nur auf der Einnahmenseite, sondern vor allem und entscheidend in den dauernd wachsenden Fürsorgeausgaben. In diesem Punkte fehlt jede Mehrbelastung des Landes. Das Land führt im Gegenteil sogar noch keine Fürsorgeausgaben in einem Zeitpunkt, in dem die Gemeindefinanzen unter den nicht mehr tragbaren Wohlfahrtslasten zusammenzubrechen drohen.

Die Städte müssen daher erneut ihrem lebhaftesten Bedauern darüber Ausdruck verleihen, daß die Regierung plant, die öffentlichen Finanzen des Landes damit geordnet zu haben, daß der Staatsvoranschlag — wenn auch auf Kosten der Gemeinden — ausgeglichen ist, und die Gemeinden nun fast überall vor der Unmöglichkeit stehen, ihren eigenen Haushalt mit den verbliebenen Einnahmehöhen ins Gleichgewicht zu bringen.

Aus der Landeshauptstadt

Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände. Die Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände, Abt. Baden, hält am Dienstag, den 10. Mai, vorm. 11 Uhr in Karlsruhe im „Hotel Germania“ ihre diesjährige Jahresversammlung ab. Dabei wird Prof. Dr. Albert Göhn, Vorsitzmitglied der Deutschen Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M., einen Vortrag über „Währung und Wirtschaft“ halten. Im Anschluß an die Tagung ist eine Besichtigung der Karlsruhe-Parfümerie- und Toilettenfabrik Wolff & Sohn vorgesehen.

Verwaltungsakademie und Handels-Hochschule in Karlsruhe. Die Vorlesungen des kommenden Sommersemesters beginnen Freitag, den 20. April, mit einem Kurs von Professor Dr. Wehrle über die gegenwärtigen Wirtschafts- und Währungsprobleme Deutschlands. Senatspräsident Dr. Levis setzt den Jokus über Bürgerliches Recht, welcher von Dienstag auf Montag verlegt worden ist, mit einer Vortragsreihe über Familien-Güterrecht und Erbrecht fort. Für einen sozialwissenschaftlichen Kurs über Wohlfahrtspflege ist der Oberregierungsrat im Ministerium des Innern, Dr. Freyher von Babo gewonnen worden. Das Goethe-Gedenkjahr hat Veranlassung gegeben zu einer Vortragsreihe über Goethes Sein und Wirken, welche vom Rektor der Technischen Hochschule, Professor Dr. Holl, freundlich übernommen worden ist. Aus wirtschaftlichen Gründen bleiben die Kurse auf vier Wochenstunden beschränkt, und auch für den Winter wird große Beschränkung nötig sein, wenn es überhaupt möglich ist, die Kurse aufrechtzuerhalten. Es ist sehr bedauerlich, daß der Landtag den vom Beamtenbund beantragten Zuschuß mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage und den harten Kampf um Sparen ablehnen mußte.

Aufstellung einer nationalsozialistischen Versammlung. Die geistige öffentliche Versammlung der NSDAP in der Festhalle mußte gegen Ende der Veranstaltung aufgelöst werden, weil den polizeilichen Anordnungen zuwider gehandelt wurde.

Badisches Landestheater. Viele Anregungen aus dem Publikum haben den Wunsch erkennen lassen, die Aufführung von Goethes „Faust“ (I und II) noch einmal zu wiederholen, um den Theaterfreunden, die Östern nicht an ihnen teilnehmen konnten, Gelegenheit zum Besuch zu geben. Die Theaterleitung hat sich daher zu einer einmaligen Wiederholung dieser Vorstellungen außer Miete entschlossen und wird Faust I für Samstag, den 7. Mai, Faust II für Montag, den 9. Mai, ansetzen. Die Platzmieter haben für diese Vorstellungen die ihnen zustehenden Vorrechte. — Die zum hundertsten Geburtstag Wilhelm Buschs herausgebrachte Morgenfeier hat solchen Anklang gefunden, daß sie am Sonntag, den 1. Mai, wiederholt werden soll. Die Ansprache wird wieder Dr. Gagemann halten.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Immer wieder gibt es Männer, sogar auch Frauen, die ihre ganze Persönlichkeit einsetzen, um im Dienste der Wissenschaft Gefahren und Entdeckungen auf sich zu nehmen. Oft hört man von Entdeckungen in unerforschten Länderteilen, ahnt aber dabei nicht, mit welchen Gefahren, Mühen und Entbehrungen sie verknüpft waren. Der Reiseforscher A. Brüdner bereiste vor einigen Jahren den peruanischen Urwald. Den Exzess dieser Reise vermittelt uns sein Film „Urwaldsymphonie“. Leider mußte der Gelehrte sein Leben dafür lassen. Der Film vermittelt uns ungewöhnliche Eindrücke. Tiere, Pflanzen usw., alles, was die Natur an verschwennderischer Pracht dort in den Tropen herbeibringt, ist festgehalten. Ein Film von ganz eminenter Bedeutung und Wirkung.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Donnerstagmorgen: Die atlantische Zyklone, die gestern in den britischen Inseln angelangt war, wandert jetzt langsam in südlicher Richtung nach der Wislaga weiter. Wir werden also noch an ihrer Vorderseite verbleiben. **Vorausage:** Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. Das Ministerium hat die Wahl des Ratsherrn Spengler in Tiefenbach zum Bürgermeister bestätigt. Er wurde am Freitag amtlich verpflichtet. Die Wirtschaftspartei hatte gegen die im Juli v. J. stattgefundene Wahl Einspruch erhoben. — In **Einach** (Amt Donaueschingen) wurde mit 59 von 88 abgegebenen Stimmen Schwarzhaufenbauer Otto Wehrle gewählt. — Die **Furtwängener** Bürgermeisterwahl findet am 21. (nicht wie berichtet am 23.) April statt. — In **Haslach** verlief die Bürgermeisterwahl ergebnislos, da keiner der Kandidaten die notwendige Stimmenmehrheit auf sich vereinigen konnte. Eine Stimme fiel auf eine Einwohnerin des Ortes, die auch schon bei der Reichspräsidentenwahl eine Stimme erhalten hat.

Der Haushaltsplan der Stadt Forzheim für die Rechnungsjahre 1932/33 schließt mit einem Fehlbetrag von 4,5 Millionen Reichsmark. Bei restloser Verzinsung aller zur Verfügung stehenden Deckungsmöglichkeiten muß immer noch ein Betrag von annähernd 2 Mill. RM. ausgeglichen werden. Die gewollte Steigerung des Wohlfahrtsbedarfs und die vom Lande im vorigen Jahre neu auferlegte Beitragslast für die Volksschullehrerstellen, verursachen allein eine Mehrausgabe von nahezu 1,9 Mill. RM. Einnahmeverminderungen bringt der unvermeidbare Ausfall an Steuern in Höhe von etwa 1,6 Mill. RM.

Preisrentungen in Kehl. Der Gemeinderat Kehl hat die Aufwandsentschädigung für die Gemeinderäte von 30 auf 25 Reichsmark herabgesetzt, was eine Ersparnis von 840 RM. bedeutet. Durch Herabsetzung der Mieten in den städtischen Wohnungen gehen der Stadt 13.460 RM. Mietzins verloren, die Stadt selbst hat 13.600 RM. Kapitalzinsersparnis, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß nur die Zinsen der für den Kleinwohnungsbau aufgenommenen Darlehen gesenkt worden sind. Die Preise im städtischen Volksschulbereich sind ebenfalls gesenkt worden.

Neue Notstandskredite. Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten hat in dieser Woche wiederum eine größere Anzahl von Kreditanträgen zur Durchführung von Notstandsarbeiten bewilligt. Die Stadt Freiburg i. Br. hat einen Betrag von 117.200 RM für Kanal- und Planierungsarbeiten bewilligt bekommen. In erster Linie soll hier eine Erweiterung des Klärbeckens auf den Mieselfeldern vorgenommen werden. — Die **Schlussteinwert AG.** hat ein Darlehen von 400.000 RM erhalten, zur Vollendung des ersten Bauabschnitts, womit der erste Staufsee als selbständige und produktive Anlage fertiggestellt wird.

Kurze Nachrichten aus Baden

Ob. Mannheim, 21. April. Aus Anlaß des geistigen Geburtstages Adolf Hitlers hatten Anhänger in verschiedenen Straßen der Stadt Fahnen und Latenzwimpeln ausgehängt. Hierdurch kam es im Laufe des Tages an verschiedenen Stellen, so in der Straße zwischen T und U bis zur Breite Straße, am Lutterfall usw. zu größeren Menschenansammlungen. Die Polizei hatte den ganzen Tag über Mühe und Arbeit, die Menge zu zerstreuen, die sich immer wieder ansammelte. An verschiedenen Stellen mußte vom Gummihüpfel Gebrauch gemacht werden. Auch einige Verhaftungen wurden vorgenommen. Einige Fahnen wurden von den Eigentümern selbst wieder entfernt.

Seibelberg, 21. April. Hier starb heute, Donnerstag früh, der General d. Kav. a. D. **Walter v. Mohner** im 88. Lebensjahr. Er war von 1892 an Adjutant des früheren Kaisers, 1895 wurde er Kommandeur der 3. Garde-Abteilung, später Chef der Militärreitschule in Hannover. 1903 wurde er Gouverneur von Strassburg. Mohner hat sich auch als Rennreiter einen Namen gemacht. Zweimal gewann er das Armeezugdreiten von Baden-Baden.

Ob. Girsborn, 18. April. Sonntag vormittag verschied im Seibelberger Krankenhaus der Bruder des vor wenigen Tagen verstorbenen Elektrizitätswerkbesizers Zipp, Altbürgermeister **Kosel Ferdinand Zipp**, im 75. Lebensjahre. Zipp war von 1905 bis 1918 Bürgermeister der Gemeinde, bis er infolge einer schleichenden Krankheit von seinem verantwortungsvollen Posten zurücktreten mußte.

Ob. Schwetzingen, 20. April. Es ist damit zu rechnen, daß der **Schwetzingener Chargemarkt** Ende dieses Monats eröffnet werden kann. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß die Temperatur in den nächsten Tagen einigermaßen ansteigen wird.

Ob. Forzheim, 20. April. Der 41 Jahre alte, verheiratete Oberinspektor bei der Städtischen Sparkasse, **Pringer**, hat **Selbstmord** durch Erhängen begangen. Der Grund zu der Tat dürfte in Verfehlungen zu suchen sein, die jetzt aufgedeckt worden sind. Man spricht von etwa 4000 RM.

Ob. Lörach, 19. April. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde am Freitag beim Überqueren der Grenze der Kaufmann **Rahn** aus Babel wegen des dringenden Verdachts des **Effekten- und Devisenschmuggels** verhaftet. Die Untersuchungen führten zu der Feststellung, daß Rahn Effekten in der Schweiz aufgekauft haben muß und daß er auf dem gleichen Wege, auf dem er die Effekten nach Deutschland einschmuggelte, auch die dafür erhaltenen Markbeträge in die Schweiz verbrachte. Es dürfte sich um Beträge handeln, die mehrere hunderttausend Reichsmark überschreiten.

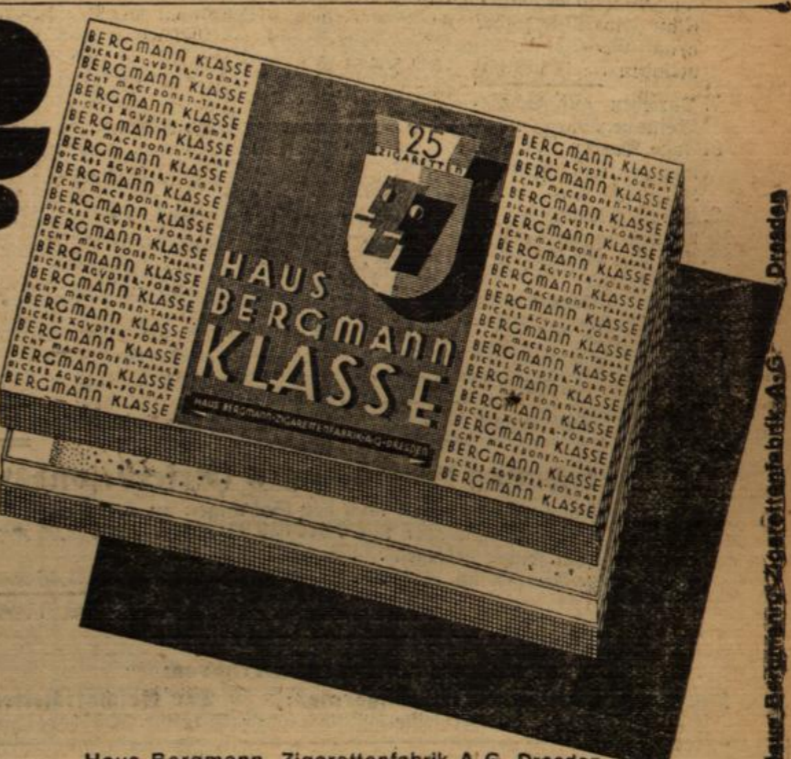
Was muss jeder von Haus Bergmann Klasse 4 wissen?

Haus Bergmann Klasse ist ein **Meisterstück** der deutschen Zigaretten-Industrie. In eingehender Arbeit haben die Tabak-Sachverständigen unseres Hauses eine für **diesen** Preis noch **nie** dagewesene Zigarette hochwertiger Qualität geschaffen, die **alle** Raucherkreise zufriedenstellen wird.

5 Stück nur 20 M bedeutet für uns: Preisabbau und **Qualitätsaufwertung!**

Verlangen Sie noch heute in Ihrem Zigarrengeschäft Haus **Bergmann Klasse 4** DIE Zigarette für Dich und für mich

In jeder Packung Haus Bergmann »Klasse« liegen: Bergmanns Bunte Bilder von Walter Trier und Seidenstickereien nach Entwürfen von Prof. Poetter



Haus Bergmann, Zigarettenfabrik A-G, Dresden

